



Enztalbote Mildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sam- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im in-
deutschen Reich monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf.
Wochensatz Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Rumburg Zweigstelle
Wildbad. — Dankkonto: Enztalbank Sberle & Co., Wildbad.
Verleger: Dr. G. W. W. Wildbad. — Postfachkonto 211 74.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 48.

Nummer 171

Februar 179

Mittwoch, den 24. Juli 1929

Februar 179

64. Jahrgang.

Der Raubbau auf den Saargruben

S. Mit allerlei Ausflüchten sucht man in Frankreich die Aufrollung der Sachfrage auf der Räumungskonferenz zu verhindern. Aber es kann nicht länger angehen, daß der Völkerverbund eine derartige Verwaltung mit seinem Namen deckt und sich dadurch in schärfstem Mißkredit bringt. Schon wenige Jahre nach der Uebernahme der Saargruben, als die französische Presse noch ganz anders schrieb, hatte man an maßgeblicher Stelle in Frankreich eingesehen, daß es nicht gelingen werde, die Saargruben dauernd in französischem Besitz zu behalten. Man stellte sich also nur auf einen vorübergehenden Besitz ein und gab die Parole aus, möglichst viel Kohlen aus den Gruben herauszuholen. Man suchte sich die besten Flöße zum Abbau aus, ließ die minderwertigeren liegen. Kapitalanlagen mußten möglichst vermieden werden; so unterblieben alle Maßnahmen, die der künftigen Erhaltung der Gruben dienten. Wenn eben Preußen die Gruben zurückhaben wollte, dann sollte es sie in völlig heruntergewirtschaftetem Zustand wiedererhalten. Hohe Förderung hieß die alleinige Lösung. Und je mehr diese stieg, desto höher waren auch die Prämien der französischen Ingenieure, Divisionäre und Grubenchefs. Die unvermeidliche Folge davon war, daß die Grubenschäden ins Ungemessene stiegen. Der blühende Industrieort Schnappach bei St. Ingbert ist inzwischen nahezu ein Trümmerfeld geworden. Die Betroffenen hat man mit einem Trinkgeld als Entschädigung abgefunden.

Wenn man nun französischerseits daran festhalten will, daß die Saargruben bis 1935 französisches Staats Eigentum bleiben, so bedeutet das für diese eine wahre Katastrophe, denn dann tritt der Raubbau jetzt in sein schlimmstes Stadium ein. Aus allen Gegenden des Saargebietes wird schon heute eine beängstigende Zahl an Grubenschäden gemeldet. Am schlimmsten dürfte es zurzeit in der Gemeinde Dudweiler bei Saarbrücken aussehen. Dafür nur einige Beispiele: In einem Viertel an der sogenannten Wilhelmshöhe, in dem Tausende von Menschen wohnen, machen sich die Folgen der Senkungen in jedem Haus — es sind dies einige hundert — bemerkbar. Die ganzen Häuser sind mit breiten Rissen durchzogen, die man nur ganz notdürftig zugemauert hat. Täglich treten neue Risse auf, oft von einem Ausmaß, daß man einen ganzen Arm hineinlegen kann. In diesem Viertel zählt man jede Woche 20 bis 25 Gasrohrbrüche. Vor kurzem noch hat die Gemeinde Dudweiler unter Aufwand von 2 1/2 Millionen Franken Baugebäude erschlossen, die neu gebauten Häuser sind bereits dem sicheren Untergang geweiht. Die Leidtragenden sind durchweg Bergleute, die sich in jahrzehntelanger Arbeit das Geld für ein Eigenheim vom Munde abgepart haben.

Nun ist ja an und für sich die Gruberverwaltung zum vollen Ersatz dieser Schäden verpflichtet. Aber wie kommt man dieser Verpflichtung nach? Die Schäden werden angemeldet, dann vergehen oft Monate des Wartens. Schließlich werden die Häuser so baufällig, daß die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen werden muß. Dann tritt schließlich ein französischer Unternehmer auf den Plan, der die Schäden notdürftig ausbessert, denn der Billigste hat von der Gruberverwaltung den Zuschlag erhalten. Man beschränkt sich darauf, die Risse ein wenig zu überkleistern. Dann geht es schließlich einige Monate gut, bis wieder neue Risse auftreten und das Verfahren wieder aufs neue losgehen kann. Ein französischer Beamter äußerte sich auf eine Beschwerde hin, die Bevölkerung müsse sich eben an die Risse gewöhnen. Verständlich sind die Häuser schon heute nicht mehr. Man bietet 5 v. H. des sehr niedrig angelegten Hauswerts als Entschädigung für Minderwert an und verlangt dann, daß die Bergleute auf alle weiteren Ansprüche verzichten. So bringt man schließlich diese im Uhr Häuschen. Für eine Entwertung des früher baureifen Grundbesitzes, der jetzt als Bauplatz nicht mehr zu verwenden ist, zahlt man keinerlei Entschädigung.

Nun lassen sich in keinem Grubengebiet Senkungen ganz vermeiden. Es kommt aber darauf an, was getan wird, um derartige Schäden zu verhindern, und welche Entschädigungen man gewährt. Zu früherer preussischer Zeit ließ man breite Sicherheitspfeiler stehen und trieb die Stollen nicht unter ausgesprochene Wohngebäude vor, weil man an dem Wohlergehen der Bevölkerung interessiert war. Wenn trotzdem Schäden auftraten, wurden Häuser und Grundstücke angekauft und angemessen bezahlt. Heute hingegen baut man die Sicherheitspfeiler rücksichtslos ab, man dringt auch in Flöße unter den Wohngebieten vor, weil dort ergiebige, bequem zu erreichende Kohle liegt.

Der Bevölkerung hat sich wegen dieser Vorgänge eine maßlose Verbitterung bemächtigt. Man kennt keinen sehnlicheren Wunsch, als daß die Gruben baldmöglichst an den preussischen Staat zurückkehren. Es erhebt sich dabei die Frage, ob so noch fünf weitere Jahre im Saarbergbau gewirtschaftet werden soll. Eine Besserung gibt es erst, wenn das Saargebiet von der Fremdherrschaft befreit ist.

Tagespiegel

Der Reichspräsident hat dem erkrankten Reichskanzler Müller nach Heidelberg die wärmsten Wünsche zur Genesung gesandt.

Reichsminister Dr. Stresemann, der bisher eine Kur in Baden-Baden bezw. Bahl gebraucht, ist nach Bad Wildbungen abgereist, um die Kur fortzusetzen. — In letzter Zeit gingen Gerüchte um über eine Verschlimmerung im Befinden Stresemanns.

Reuter meldet aus Tokio, der Befehlshaber der japanischen Besatzungstruppen in der Mandchurei habe die südmandchurische Eisenbahngesellschaft angewiesen, den Transport chinesischer Truppen und Munition abzulehnen, und keine bewaffneten chinesischen Truppen ohne Genehmigung der örtlichen japanischen Kommandanten durch die Eisenbahnzone passieren zu lassen.

Die „Bremen“ gewinnt das Blaue Band

Der Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd hat am Montag nachmittag 3.02 Uhr Neuport Sommerzeit (8.02 Uhr deutscher Zeit) das Leuchtschiff im Ambrosenkanal bei Neuport passiert. Die Strecke von Cherbourg bis zum Leuchtschiff wurde somit in 4 Tagen 17 Stunden und 52 Minuten zurückgelegt und die bisherige Rekordzeit des englischen Schnelldampfers „Mauretania“ um nicht weniger als 8 Stunden 52 Minuten unterboten. Von Sonntag mittags bis Montag mittags: entwickelte die „Bremen“ eine Geschwindigkeit von 29,5 Knoten in der Stunde, also insgesamt 713 Knoten (1283,4 Km.). Auch diese Leistung stellt einen Weltrekord dar.

Die Landungsstelle des Lloyds im Hafen von Brooklyn erreichte der Dampfer um 6 Uhr. Riesige Menschenmengen umsäumten die Uferstraßen. Zahlreiche Schleppdampfer mit den unvermeidlichen „Ankipfern“ waren der „Bremen“ entgegengefahren.

Das Postflugzeug der „Bremen“ war bereits 1.35 Uhr am Pier des Lloyd auf das Wasser niedergegangen und übergab 6 große und 2 kleine Postfächer, die sofort zum Hauptpostamt Neuport befördert wurden.

Die Londoner Blätter berichten ausführlich über die außerordentliche Leistung der „Bremen“. „Daily Chronicle“ glaubt, die „Mauretania“ werde alle Anstrengungen machen, um das Blaue Band zurückzugewinnen.

Die Neuporter Blätter feiern die Fahrt als ein epochemachendes Ereignis in der Schifffahrtsgeschichte. Ein Empfang, wie ihn die „Bremen“ in Neuport erlebt habe, sei noch keinem Schiff zuteil geworden. Kapitän MacNeill, Offiziere und Mannschaften der gegenwärtig im Neuporter Hafen liegenden „Mauretania“ beglückwünschten telegraphisch Kapitän Ziegenbein, die Offiziere und die Mannschaft der „Bremen“ herzlich zu ihrer Rekordreise. Kapitän Ziegenbein erklärte, er habe die „Bremen“ nicht überanstrengen wollen. Es sei aber möglich, noch mehr aus den Maschinen herauszuholen und er hoffe daher, noch einen besseren Rekord aufstellen und 30 Knoten erreichen zu können. Die „Bremen“ schlug auf ihrer Ueberfahrt den sogenannten Mittelkurs ein, der 49 Meilen länger ist, als der von der „Mauretania“ bei ihrer Rekordfahrt benutzte nördliche.

Die Fahrgäste hoben hervor, daß das bekannte „Zittern“ der Dampfschiffe bei der Bremen nur im Hintersteck leicht bemerkbar gewesen sei. Auch dieses soll noch beseitigt werden. Ferner sollen die Schornsteine des Dampfers um etwa 1,20 Meter erhöht werden, da der Rauch zuweilen das Deck befällt.

Die Amerikaner gaben der „Bremen“ den Ehrennamen „Königin der Meere“. Die Stadt Bremen prangte am Dienstag in reichem Flaggen Schmuck.

Der Reichspräsident an den Norddeutschen Lloyd

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Norddeutschen Lloyd folgendes Telegramm gerichtet: „Dem Norddeutschen Lloyd spreche ich zu dem schönen Erfolg, den sein neuer Schnelldampfer „Bremen“ errungen hat, meine herzlichsten Glückwünsche aus. In unserem schweren Kampf um die Wiedererlangung der Gleichberechtigung in Weltwirtschaft und Seeverkehr ist die Leistung, die Sie durch die Schaffung dieses Schiffes erzielt haben, ein besonderer Schritt vorwärts, gez. v. Hindenburg, Reichspräsident.“ — Der Reichspräsident ist bekanntlich „Pate“ der „Bremen“.

Neue Nachrichten

Neue Operation des Reichskanzlers?

Heidelberg, 23. Juli. Nach dem Arztbericht war die letzte Nacht für den erkrankten Reichskanzler den Umständen entsprechend „leidlich gut“. Ob eine zweite Operation nötig sein wird, wird von dem Verlauf der Heilung abhängen. Die Gemahlin des Reichskanzlers ist in Heidelberg eintreffend.

An Stelle des Reichskanzlers wird Dr. Stresemann die Führung der deutschen Abordnung zur Reparationskonferenz übernehmen. An der Konferenz nehmen die Reichsminister Curtius, Hilferding und Wirth teil.

Youngplan — Steuererlenkung — Neue Einnahmequellen

Berlin, 23. Juli. Dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ wird mitgeteilt: Die Beratungen des Haushaltsplans für das nächste Jahr haben im Schoß der Ministerien bereits begonnen. Die für dieses Jahr „erparten“ 400 Millionen Dames-Zahlungen werden in erster Linie zur Besserung der Kassenlage des Reichs verwendet werden, sowie zur Beseitigung des voraussichtlichen Fehlbetrags im laufenden Haushaltsplan, der auf 250 Millionen geschätzt wird. Wie der Fehlbetrag des vorjährigen Haushaltsplans mit 154 Millionen zu beheben sein wird, ist noch unklar. Mehreinnahmen sind nur durch die erhöhten Zölle zu erwarten. Diese Summe ist aber sehr fraglich. Sie wird in diesem Jahr auf etwa 25 Millionen Mark geschätzt. — Daß mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen ist, zeigt die letzte Uebersicht über die Reicheinnahmen im Juni 1929. Die geplante Steuererlenkung werde daher, so heißt es weiter, frühestens auf 1. April 1930 versucht werden können. Da aber hierfür mindestens 400 bis 500 Millionen Mark in der Reichskasse sein müssen, die die Ersparnisse aus dem Youngplan nicht bringen können, weil durch Reichsbahn, Industrie-Obligationen und durch den Fehlbetrag des Haushaltsplans jene Summe aufgezehrt werde, so müssen neue Einnahmequellen, d. h. Steuern gesucht werden.

Die Berliner Meldung scheint schonend auf die Illusion der Ersparnisse durch den Youngplan und die Kurzobigkeit der Erleichterungen für die Reichskasse vorbereiten zu wollen. Diese Erleichterungen sind tatsächlich von sehr kurzer Dauer. Mit der Steuererlenkung wird es aber unter diesen Umständen noch gute Welle haben, wohl über den 1. April hinaus — es sei denn, daß erhebliche „neue Einnahmequellen“ bei der unter dem Steuerdruck seufzenden Wirtschaft gefunden werden.

Zur bevorstehenden Reparationskonferenz

Berlin, 23. Juli. In Berlin ist man nach wie vor der Meinung, daß die Konferenz nur an einem neutralen Ort abgehalten werden könne. Brüssel könne als neutral nicht angesprochen werden. Zu einer Verschiebung des Konferenzbeginns besteht keinerlei Anlaß. Für Deutschland könne nur eine Konferenz in Frage kommen, in der die technische Erledigung des Youngplans beraten und die politischen Folgerungen aus dem Youngplan, besonders auch für die beteiligten kleineren Nationen, vereinigt werden. Der englische Außenminister Henderson habe sich in dieser Frage leider doch dem französischen Standpunkt genähert.

Öffentliche Aufträge und Arbeitslosigkeit

Berlin, 23. Juli. Der Reichsarbeitsminister hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beauftragt, durch die Präsidenten der Landesarbeitsämter auf eine zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge im Sinn des Ausgleichs der Konjunktur- und Saisonchwankungen hinzuwirken.

Der Deutsche Studententag

Hannover, 23. Juli. Nach langen Auseinandersetzungen hat der Deutsche Studententag den Antrag der Technischen Hochschulen München und Brunn auf Beschränkung der Zahl der jüdischen Studierenden auf deutschen Universitäten und Hochschulen (Numerus clausus) mit geringer Mehrheit abgelehnt, weil der Antrag nicht in der vorgeschriebenen Frist und Form eingereicht worden sei.

Der Miß-Prozess

Kattowik, 23. Juli. Heute morgen um 9.20 Uhr begann unter ungeheurem Andrang der polnischen, ostoberschlesischen, deutschoberschlesischen, reichsdeutschen und ausländischen Presse der Prozess gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbunds in Oberschlesien, Otto Miß, wegen angeblicher Beihilfe zur Entziehung vom Militärdienst. Den Vorsitz führt der Vizepräsident des Bezirksgerichts, Dr. Herlinger. Als militärische Sachverständige sind zwei polnische Majore beigezogen. Miß bestritt die ihm zur Last gelegten Straftaten im vollen Umfang. Die Anklageschrift enthalte eine ganze Reihe von Fehlern.

Die französische Aktenveröffentlichung

Paris, 22. Juli. Der erste Band der amtlichen französischen Dokumentensammlung zur Vorgeschichte des Kriegs ist erschienen. Der mit der Veröffentlichung betraute Ausschuss betont in einem Vorwort, daß die Auswahl der Dokumente einzig und allein durch Erwägungen wirtschaftlicher Art bestimmt worden sei. Der erste Band umfaßt die Zeit vom 4. November 1911, dem Abschluß des

